

China und Japan sind die beiden strategisch wichtigsten, politisch und kulturell einflussreichsten Staaten der asiatisch-pazifischen Region. Beide Völker verbindet eine Geschichte wechselhafter Beziehungen. Jahrhundertelang stand Japan unter der kulturellen Dominanz seines großen Nachbarn. Klassische chinesische Bildung, das heißt die konfuzianische Ethik, und die einzigartige chinesische Schrift prägten Japans Kultur und Gesellschaft und wirken bis in die Gegenwart fort.

Ein Sicherheitsvertrag zwischen Washington und Tokio, der 1951 als Reaktion auf den von den nordkoreanischen Kommunisten begonnenen Korea-Krieg geschlossen wurde, band Japan fest an die USA mit dem Ziel, den Inselstaat vor einer militärischen Aggression von außen oder einem Umsturz im Innern zu schützen. Er ist in revidierter Form bis heute in Kraft und bildet eine wichtige Grundlage für Sicherheit und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum.

Das seit 1949 kommunistisch geführte China sah in dem amerikanisch-japanischen Bündnis eine Bedrohung. Auf der anderen Seite nahm Japan das mit der Sowjetunion „ewig und unverbrüchlich“ verbündete China als wachsende Gefahr für seine eigene Sicherheit wahr. Das hatte seinen Grund: Der zwischen Moskau und Peking 1950 geschlossene Freundschafts- und Beistandsvertrag richtete sich ausdrücklich gegen ein wiedererstehendes Japan. Dies war die Ausgangslage in den 1950er Jahren.

Die Situation sollte sich allerdings bald dramatisch verändern: Mit dem Beginn der sechziger Jahre erhielt das zunächst so eng erscheinende chinesisch-sowjetische Bündnis Risse. Die beiden größten kommunistisch geführten Staaten gerieten in einen Konflikt über das internationale Kräfteverhältnis und über grundätzliche Fragen ihres Dogmas. Im Verlauf des sich vertiefenden Konflikts mit Moskau begann China zunehmend in der Sowjetunion seine Hauptbedrohung zu sehen und intensivierte seine Kontakte zur nichtsozialistischen Staatenwelt. Damit wurde Japan neben Westeuropa zu einem der wichtigsten Partner Chinas für verbesserte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Die politische Führung in Tokio war davon überzeugt, wegen der kulturellen Nähe an die früheren Beziehungen zum großen Nachbarn anknüpfen zu können. Sie sah sich bereits als künftigen Mittler in dem unversöhnlich scheinenden Gegensatz zwischen China und den USA. Doch die chinesischen Führer waren nicht geneigt, Japan durch diese diplomatische Rolle einen internationalen Prestigeerfolg zu verschaffen. Sie verfolgten eine eigene Strategie: Japan war wichtig für Wirtschaft, Handel, Technologie; jedoch für strategisch weit reichende Entscheidungen wollte Peking direkt mit Washington Kontakt aufnehmen. Dies erfolgte hinter dem Rücken der Japaner. Im Juli 1971 führte Henry Kissinger, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, in Peking geheime Verhandlungen. Das

Weiße Haus informierte den Ministerpräsidenten Japans erst unmittelbar bevor Präsident Nixon der Weltöffentlichkeit mitteilte, er werde 1972 China besuchen.

Diplomatie und Grundannahmen

Den Japanern brachte dieser „Nixon shock“ die nüchterne Erkenntnis ihrer politischen Schwäche: Der engste Verbündete und Garant ihrer Sicherheit hatte sie in der zentralen strategischen Frage der Neugestaltung der Beziehungen zum kommunistischen China ignoriert und hintergangen. Durch diese offenkundige Zurücksetzung geriet Japan unter politischen Druck: Es wollte nun im Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu China auf keinen Fall hinter den USA zurückstehen. Peking sah sich umworben und nutzte die Situation. So kam es, dass Japan im Wesentlichen zu chinesischen Bedingungen sein Verhältnis zu seinem Nachbarn normalisieren musste.

Diese nun drei Jahrzehnte zurückliegende Vorgeschichte muss man vor Augen haben, um das gegenwärtige und künftige Verhältnis zwischen China und Japan richtig einschätzen zu können. Ein bis heute geltendes Prinzip chinesischer Japan-Politik wird dabei erkennbar: Japan soll mit allen verfügbaren Mitteln der Diplomatie dazu veranlasst werden, wichtige politische Entscheidungen gemäß den Vorstellungen Chinas zu treffen, zumindest soll Japan daran gehindert werden, eine Außenpolitik zu betreiben, die chinesischen Interessen zuwiderläuft. Chinas Strategie ist hier von zwei prinzipiellen Zielen bestimmt: nie wieder zuzulassen, dass Japan erneut zu einer militärischen Bedrohung wird; gleichzeitig aber das hohe technologische und wirtschaftliche Niveau des Nachbarn für die eigene Modernisierung in Anspruch zu nehmen. Mit anderen Worten: politische und militärische Eindämmung Japans bei gleichzeitiger Nutzung japanischer Technologie, Wirtschafts- und Finanzkraft.

Wiederholt ist die Frage gestellt worden, warum das so erfolgreiche, nationalstolze Japan gegenüber China eine ausgesprochene Kotau-Politik betreibt. Die Antwort ist wohl in der tieferen japanischen Wahrnehmung Chinas zu suchen. Der ausländische Beobachter stellt fest, dass in Japan eine Mischung aus Respekt und Beunruhigung im Blick auf China existiert.

Der Respekt, vielleicht kann man sogar von Bewunderung gegenüber dem großen Nachbarn sprechen, hat seine Wurzeln in dessen uralter Kultur, die Japan in sich aufgenommen hat. Die Beunruhigung aber hat zwei Ursachen: Die eine hat etwas zu tun mit der geistig-kulturellen Überlegenheit Chinas, die Japan insgeheim empfindet. Es ist im Grunde ein Minderwertigkeitskomplex; es ist dieses Gefühl, dass kluge japanische Beobachter überzeugt sein lässt, auf lange Sicht werde China die dominierende Macht in Asien werden. Die andere Ursache für Japans Beunruhigung ist die Ungewissheit über Chinas künftige innere Entwicklung. Die Gefahr von Aufruhr, Umsturz und Anarchie – durchaus häufige Erscheinungen in der Geschichte Chinas – wird in Japan als eine ernste Bedrohung gesehen. Die Tatsache, dass die chinesischen Führer die Stabilität des Landes auffallend häufig als wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft erwähnen, bestätigt die japanischen Sorgen.

Modernisierung bedeutet Machtzuwachs

Die von den Japanern empfundene potenzielle Dominanz Chinas findet auch im physischen Unterschied eine Grundlage. China hat eine Bevölkerung, die zehnmal so groß wie die Japans ist, und es hat das Fünfundzwanzigfache von dessen territorialer Ausdehnung. Dies bedeutet nicht automatisch Macht, sondern kennzeichnet auch die Größe der Aufgaben, die China zu bewältigen hat. Ent-

wicklung der Infrastruktur, Mobilisierung von Ressourcen, Bevölkerungswachstum etc. erreichen in China nach dem Gesetz der großen Zahl völlig andere Dimensionen als in Japan. Aber wenn sich hinter der physischen Größe allmählich eine leistungsfähige Volkswirtschaft entwickelt, bedeutet dies wachsende Macht und – entsprechend den erklärten Zielen der chinesischen Führung – auch militärische Macht.

Mit Sorge wird in Tokio beobachtet, dass der Aufbau eines militärisch mächtigen China auf der Modernisierungsskala in Peking hohe Priorität hat. Seit Jahren rüstet China massiv auf. Internationale Experten schätzen, dass die Verteidigungsausgaben mehr als das Dreifache des offiziell genannten Budgets (17,2 Milliarden Dollar für 2001) betragen. China ist heute der größte Waffenimporteur nicht nur in Asien, sondern weltweit. Seine Hauptlieferanten moderner Waffensysteme sind Russland und Israel. Für das Jahr 2000 sollen sich die Waffenkäufe wertmäßig in der Größenordnung von drei Milliarden Dollar bewegt haben. Schwerpunkte der Modernisierung der chinesischen Streitkräfte sind Luftwaffe und Marine. In beiden Bereichen sind die russischen Lieferungen von hochmodernen Kampf- und Jagdflugzeugen der Typen Su-27 und Su-30, von U-Booten der „Kilo“-Klasse und Zerstörern der Klasse „Sowremenny“ von strategischer Bedeutung. Bis zum Jahre 2006 wird China über vier Zerstörer des genannten Typs verfügen. Damit wächst seine Fähigkeit zur Machtprojektion nach außen. Die nukleare Rüstung, die auch Langstreckenraketen aufweist, verleiht China heute bereits alle Voraussetzungen einer bedeutenden Regionalmacht.

Natürlich kann sich China militärisch noch auf lange Zeit nicht mit den beiden Rüstungsgiganten USA und Russland messen, aber innerhalb der Region Ostasien und insbesondere aus der Sicht Japans und Taiwans wird der riesige Nach-

bar als wachsender und zunehmend bedrohlicher Faktor wahrgenommen. Sollte es China programmgemäß gelingen, als dritte Nation nach den USA und Russland die bemannte Raumfahrt mit einem Erfolg zu betreiben, würde dies den militärstrategischen Abstand zu Japan wesentlich vergrößern. Hinzu kommt ein politisches Element, das Chinas Führungsrolle unterstreicht: seine ständige Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat. Dies bedeutet, dass Chinas Stimme mitentscheidet über das Engagement der Weltorganisation in weltweiten Krisenregionen.

Verhinderte Militärmacht Japan

Militärisch ist Japan seinem riesigen Nachbarn hoffnungslos unterlegen. Japans Nachkriegsverfassung, von den USA mit der Absicht einer langfristigen Friedenssicherung entscheidend mit formuliert, untersagt dem Inselstaat das souveräne Recht der Kriegsführung und demgemäß die Unterhaltung von Land-, Luft- und Seestreitkräften. Lediglich der Ausweg über das Recht zur Selbstverteidigung gestattet so genannte Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF). Diese Streitmacht, die zwar technisch auf modernstem Stand ist, besteht aus lediglich 250 000 Freiwilligen. Aufgrund ihres defensiven Auftrags fehlt dieser Streitmacht jede Komponente, die auch nur entfernt als die Möglichkeit zur Machtprojektion über japanisches Hoheitsgebiet hinaus interpretiert werden könnte. Die Verankerung der SDF in der japanischen Gesellschaft ist gering, zumal ein latenter Pazifismus in Teilen der meinungsbildenden Elite es noch immer erschwert, realistisch und offen Krisenszenarien zu erörtern.

Schließlich darf nicht übersehen werden, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Japan nicht mehr für seine Sicherheit Sorge tragen musste. Auf der Grundlage seines Sicherheitsvertrags mit den USA sind diese der Garant der Sicherheit Japans; zu diesem Zweck und für die Sta-

bilität in der gesamten Region unterhalten die USA insbesondere auf Okinawa starke Militärbasen. Dies hatte zur Folge, dass eine unabhängige japanische Militärmacht nicht mehr entstehen konnte. Der Unterschied im Machtpotenzial zu China könnte also kaum größer sein.

Spekulationen, Japans technologischer Stand würde ihm in kürzester Zeit den Aufbau einer selbstständigen, eventuell sogar nuklear gerüsteten Streitmacht ermöglichen, haben mit der Realität wenig zu tun. Ein solcher Schritt hätte für Japan katastrophale Folgen. Eine solche Entscheidung würde auf den heftigsten Widerstand der asiatischen Nachbarn Japans, allen voran China und Korea, treffen und das Land international isolieren. Die Machtdifferenz zu China ist mit militärischen Mitteln nicht zu überbrücken.

Die chinesische Überlegenheit ist aus japanischer Sicht auch deshalb beunruhigend, weil China nahezu die gesamte Südchinesische See mit ihren Riffs und Inselgruppen zwischen Vietnam, den Philippinen und Indonesien beansprucht. Durch dieses wichtige Seengebiet laufen die Handels- und Versorgungsrouten aus Europa und der Golfregion, aus der Japan drei Viertel seines Rohölbedarfs bezieht. Eine Störung dieser Transportverbindungen, deren Sicherheit Japan mit seinen begrenzten militärischen Mitteln nicht gewährleisten kann, wäre für das Inselreich katastrophal.

Auch im zivilen Bereich ist Japans Stellung nicht mehr unangefochten. Die sich andeutende Verschiebung hat ihre Wurzeln in der zu Beginn der neunziger Jahre einsetzenden wirtschaftlichen Krise Japans. Der jahrzehntelang gewohnte Erfolg ist Geschichte. Die noch immer zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt verharrt seit Jahren in Stagnation. Konnte in der Vergangenheit Japans Außenpolitische Führungsschwäche durch seine herausragende technologische Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft verdeckt

werden, so werden jetzt, nachdem dieser Glanz verblasst, die geringe politische Bedeutung des Landes und die konzeptuelle Fantasielosigkeit seiner Führer immer offenkundiger. Dies scheint der politischen Elite des Inselreiches bewusst zu sein. Diese Entwicklung hat Konsequenzen. Ein Japan, das seine Bedeutung verliert, hinterlässt ein politisches Vakuum, das von China ausgefüllt werden wird. Japans schwindender Einfluss in Asien verringert seine Fähigkeit, Gegengewicht zu seinem immer mächtiger werdenden Nachbarn zu sein.

Überwindung der „Kotau-Politik“

Der japanischen Öffentlichkeit ist diese allmähliche Verschiebung der Gewichte nicht verborgen geblieben. In Japan begannen sich immer häufiger Stimmen zu melden, die der Regierung eine zu große Nachgiebigkeit gegenüber dem kommunistischen Nachbarn vorwarfen. Man darf hierin erste Anzeichen einer Auflehnung gegenüber einem allzu selbstbewusst agierenden China sehen. Diese nüchternere Haltung wurde insbesondere nach dem brutalen Militäreinsatz der chinesischen Führung gegen die Demokratiebewegung in Peking im Juni 1989 erkennbar. Sie verstärkte sich im Zusammenhang mit der fortschreitenden Entwicklung des chinesischen Atomwaffenprogramms und der massiven konventionellen chinesischen Aufrüstung. Zwar wünscht die Regierung in Tokio eine Verschlechterung der Beziehungen zu China grundsätzlich zu vermeiden, aber die gelegentlich provozierenden Machtdemonstrationen Pekings veranlassen Japan zu gewissen, wenn auch noch so vorsichtigen Gegenreaktionen.

Der erste Fall dieser Art seit Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen 1972 war die Entscheidung Tokios im August 1995, den größten Teil der nicht rückzahlbaren Hilfe an China einzufrieren. Die japanische Regierung entschloss

sich dazu, nachdem Peking 1994 und 1995 trotz heftiger japanischer Proteste Kernwaffentests durchgeführt hatte. Die Entscheidung war ein Novum im Umgang mit China nach Jahren einer „Kotau-Politik“. Ein Vertreter des Verteidigungsamtes in Tokio kommentierte den Schritt mit den Worten: „Etwas muss getan werden, damit die Chinesen begreifen, dass sie Teil der Welt, nicht ihr Mittelpunkt sind.“

Aber genau betrachtet war die Reaktion Tokios nichts anderes als Symbolik; denn es handelte sich um eine Kürzung der nicht rückzahlbaren Hilfe in der Größenordnung von lediglich 74 Millionen Dollar, ein winziger Betrag im Vergleich zu den zinsgünstigen Yen-Krediten im Umfang von 18,7 Milliarden Dollar, die Japan China gewährt. Eine Reduzierung der Yen-Kredite kam für die japanische Regierung nicht in Betracht, da damit das Gesamtgefüge der umfangreichen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen betroffen gewesen wäre mit schwer kalkulierbaren Auswirkungen im politischen Bereich.

Instrumentalisierung der Vergangenheit

Die chinesische Seite reagierte auf die Hilfskürzung überaus scharf und stellte das Vorgehen der japanischen Regierung in einen bemerkenswerten Kontext. Zum einen warf sie der Regierung in Tokio Heuchelei vor, da diese Japan unter den Schutz des amerikanischen Nuklearschirms stelle, aber die chinesische Nuklearrüstung kritisere; zum andern verwiesen die Kritiker aus Peking auf die Untaten Japans während dessen imperialistischer Vergangenheit.

Der letztgenannte Aspekt ist seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu einem wichtigen politischen Instrument der chinesischen Kritik an Japan geworden. Dazu haben seine Politiker jedoch selbst entscheidend beigetragen. Ein einflussreicher Teil der japanischen politischen Elite sieht die imperialistische Eroberungspoli-

tik Japans in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als Beitrag zur Befreiung Asiens von den westlichen Kolonialmächten. Selbst wenn diese Auffassung für Teile Südostasiens eine gewisse Berechtigung hat, so gilt sie in gar keiner Weise für China und Korea. Generell aber übersehen konservative Politiker in Japan die Brutalität japanischer Herrschaft in den Nachbarländern entweder ganz oder beschönigen sie. Im Grunde sieht sich Japan als Opfer, nicht als Verursacher des pazifischen Krieges. Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki stützen diese Opfermentalität. Der heimtückische japanische Überfall auf Pearl Harbor 1941 wird in diesem Zusammenhang verschwiegen. Der japanische Staat ist bis heute nicht bereit, sich klar zu den Untaten der Vergangenheit zu bekennen.

So gibt es bis in die jüngste Zeit nicht wenige Fälle von Äußerungen japanischer Regierungsmitglieder, die jegliche Einsicht in historisches Unrecht vermissen lassen. Sogar Japans Premierminister Takeshita antwortete Ende der achtziger Jahre im Parlament auf die Frage, ob der Krieg, den Japan in Asien geführt habe, ein Aggressionskrieg gewesen sei, mit der ausweichenden Bemerkung, dies hätten künftig die Historiker zu entscheiden.

Japans unkritische Haltung gegenüber den dunklen Kapiteln seiner Geschichte ist von nicht geringer Bedeutung für das Ansehen des Inselreiches. Zwischen Japan und seinen beiden wichtigen Nachbarn, China und Korea, besteht darum noch immer eine Barriere des Misstrauens. Dabei geht es nicht um die immer wieder geforderten Entschuldigungen, die inzwischen zum Ritual verkommen sind. Man kann eben von den Enkeln nicht verlangen, dass sie bei jeder Gelegenheit wegen der Untaten ihrer Großväter demütig ihre Köpfe senken. Dies gilt nicht nur für Japan. Erforderlich ist die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen. Die allenthalben aber zu beob-

achtende Oberflächlichkeit nährt Unbehagen und Zweifel. Die Art und Weise, in der Japan sich seiner Vergangenheit stellt, bestimmt seine Zukunft in Asien. Die chinesische Führung ist sich dessen bewusst. Sie nutzt jede sich bietende Gelegenheit – und japanische Politiker sorgen für entsprechende Anlässe –, um die Erinnerung an die unglückselige Vergangenheit Japans lebendig zu halten.

Die Instrumentalisierung der japanischen Vergangenheit hat mit den Zielen Chinas in Asien und in der Welt zu tun. Es gibt keinen Zweifel, dass China danach strebt, eine beherrschende Stellung in der Region einzunehmen und Einfluss auf globaler Ebene auszuüben. Der einzige ernst zu nehmende Rivale auf dem Wege zu diesem Ziel ist im asiatischen Raum Japan, auf globaler Ebene sind es die USA. Darum und nicht zuletzt wegen seiner historischen Erfahrung wünscht China seinen leistungsstarken Nachbarn auf wirtschaftliche Macht beschränkt zu sehen und seinen politischen Einfluss so gering wie möglich zu halten. So überrascht es nicht, dass Japans jahrelanges Bestreben, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzunehmen, aus chinesischem Munde noch nie öffentlich unterstützt wurde. Eine japanische Mitgliedschaft in diesem exklusiven Gremium, stünde sie jemals ernsthaft zur Debatte, würde Chinas einzigartige Machtstellung als Vertreter Asiens in der Weltorganisation nur relativieren.

Ambivalenz chinesischer Diplomatie

Um seine Ziele zu erreichen, braucht China eine Atmosphäre der Freundschaft und Zusammenarbeit. Chinas subtile Diplomatie ist durchaus in der Lage, eine solche Atmosphäre zu schaffen. Die Einladung des japanischen Kaisers nach China 1992 war ein Element dieser Strategie. In der Geschichte beider Staaten war dies der erste Besuch des Tennos in China. Doch diese freundschaftliche De-

koration hindert die chinesische Seite in keiner Weise daran, die Japaner beim geringsten Anzeichen dessen, was in Peking als „Wiederbelebung des japanischen Militarismus und Nationalismus“ angeprangert werden kann, an ihre Vergangenheit zu erinnern. Diese beiden Merkmale – Inszenierungen der Völkerfreundschaft und unablässige Erinnerung an die Vergangenheit – verleihen den politischen Beziehungen eine gewisse Unstetigkeit. Andere Faktoren ergänzen und relativieren teilweise diesen Zustand.

Der Beobachter Chinas ist von der enormen wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen fünfzehn Jahre beeindruckt. An dieser Entwicklung ist auch Japan als größter Handelspartner und bedeutender Investor beteiligt. Japan ist der wichtigste externe Modernisierungsfaktor Chinas und der großzügigste Geber von Entwicklungshilfe. Der Außenhandel des Riesenreiches ist rasant gewachsen, das Land zieht gegenwärtig mehr ausländische Direktinvestitionen an als die USA. In der Vergangenheit war das Argument rasch zur Hand, Japan sei zwar im Vergleich zu China klein, aber dafür verfüge es über eine gewaltige Wirtschaftskraft. Seit einem Jahrzehnt jedoch befindet sich Japans Wirtschaft in einer Krise, wenngleich sein Bruttosozialprodukt noch immer viermal so groß ist wie das Chinas.

Dennoch ist der Aufstieg Chinas die größte Herausforderung für Japan seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Japans Führung scheint verunsichert und irritiert. Sie schwankt zwischen einer auf Beschwichtigung setzenden Politik mit großzügiger Entwicklungshilfe und politischen Provokationen. Darüber hinaus sind wir Zeuge einer häufig wechselnden Führungsmannschaft, die unablässig über die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen redet, aber keine Handlungen folgen lässt.

Auch in dieser Hinsicht erscheint China entschiedener und stabiler. Eine insge-

samt erfolgreiche Wirtschaftsreform und wachsende wirtschaftliche Stärke haben Chinas Selbstvertrauen und Nationalstolz gestärkt. Damit bleibt unbestritten, dass das Land noch vor gewaltigen inneren Problemen steht, die sein soziales Gefüge gefährlich erschüttern können. Im Rahmen seines 2001 präsentierten Fünfjahreplans ergänzt China die binnengesetzlichen Aktivitäten durch eine Strategie des Nach-draußen-Gehens. Das bedeutet, dass China verstärkt im Ausland, namentlich in den Ländern Südostasiens wie Indonesien, Thailand, Kambodscha, Singapur und Malaysia, investiert. Dahinter steht Chinas wachsender Bedarf an Ressourcen – Öl, Gas, Holz. Die Sicherung von Rohstoffquellen steht im Zentrum der in den letzten Jahren intensivierten Beziehungen Chinas zu Südostasien.

Doch auch im Fertigungsbereich tritt China in dieser Region immer stärker in Erscheinung. In Vietnam haben Motorräder, die aus chinesischen Bestandteilen zusammengesetzt werden, bereits einen Marktanteil von siebzig Prozent. Die großen japanischen Gesellschaften Honda und Yamaha sehen ihre jahrzehntelang beherrschende Marktposition durch wachsende chinesische Konkurrenz bedroht. Die chinesische Offensive ist aber auch dabei, in den Konsumgütersektor vorzustoßen. Mobiltelefone, Kühlschränke und Klimaanlagen stammen nicht mehr nur aus japanischer oder südkoreanischer Produktion, sondern werden nun von chinesischen Produzenten angeboten. Selbst in den High-Tech-Bereich stößt China erfolgreich vor.

Die Beispiele für Chinas beachtlichen „Sprung nach draußen“ lassen sich leicht erweitern. Hier soll nur auf das neue Phänomen hingewiesen werden, dass mit Chinas wirtschaftlichem Engagement weltweit ein ernst zu nehmender Konkurrent für Japan – und nicht allein für Japan – entsteht, der die bislang gewohnten Marktaufteilungen verändert wird. Dies

wird langfristig für Japan als Handelsnation Konsequenzen haben. Andererseits wächst seit einigen Jahren in China eine konsumorientierte, kaufkräftige Mittelschicht heran, die den im Lande bereits produzierenden japanischen und anderen internationalen Großunternehmen erhebliche Profite einbringt. Aus dieser Perspektive sieht die japanische Geschäftswelt die Entwicklung Chinas zu einer Wirtschaftsmacht wiederum äußerst positiv.

Herausforderungen Japans

Die eigentliche Herausforderung für Japan ist strategischer Natur. Die physischen und demografischen Bedingungen beider Mächte sind extrem ungleich. Daraus ergeben sich Entwicklungsperspektiven, die stark in Richtung eines chinesischen Machtzuwachses weisen, aus dem schließlich eine beherrschende Position erwächst. Zwar beteuert China unablässig, nie Hegemonie ausüben zu wollen, aber was unter Hegemonie zu verstehen ist, definiert es selbst.

Darüberhinaus wirken die historischen Belastungen der Beziehungen Japans zu China bis heute nach und werden von China bewusst instrumentalisiert, um ein mögliches Machtstreben des Nachbarn zu beschränken. Hier wird Peking darauf achten, das richtige Maß zwischen Kritik und Bereitschaft zur Kooperation zu erhalten; denn China braucht Japan – als Handelspartner, Vermittler von Technologie und Kapitalgeber. Und Japan braucht China – zunehmend als Produktionsstätte mit niedrigem Lohnniveau. Die Sorge Japans, „einen Tiger zu füttern“, sich also auf längere Sicht einen übermächtigen Konkurrenten und Machtrivalen zu schaffen, ist stark. Aber was bleibt Japan anderes übrig? Es ist sein Dilemma, dass es die wachsende Stärke des Nachbarn fürchtet, aber dazu verurteilt ist, China zu unterstützen. Tokios Begründung lautet, man wolle durch Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit dazu beitragen, dass China

stabil bleibe und eine chaotische Entwicklung vermieden werde. Doch alle Erfahrung mit China zeigt, dass das Riesenreich von außen nur schwer zu beeinflussen ist.

Problematisch für die gesamte Region ist die nicht mehr zu übersehende Gefahr eines chinesischen Nationalismus. Auch in Japan sind in den letzten Jahren nationalbewusstere Gesten zu beobachten als in der Vergangenheit. Das militärisch schwache Japan ist zur Nachbarschaft mit einem immer stärker werdenden China verurteilt. Dieser Umstand sollte das Inselreich zu einer möglichst guten Nachbarschaft zwingen. Logik ist allerdings selten Ratgeber der Politik. Sollte die Frage: Wie wird Japan mit seinem ausgeprägten Nationalstolz mit der Tatsache umgehen, dass die künftige Führungsmacht der asiatisch-pazifischen Region nicht Japan, sondern China heißen wird? Könnte dies ein Impuls für das Wiedererstehen des japanischen Nationalismus werden? Und würde dies jene Kräfte stärken, die für eine Revision der Nachkriegsverfassung eintreten? Wie würden die USA darauf reagieren? Und wie würde China eine solche Entwicklung aufnehmen?

Die gegenwärtige Lage macht es eher unwahrscheinlich, dass das amerikanisch-japanische Bündnis schwächer wird. Japan braucht angesichts eines mächtiger werdenden China den großen pazifischen Partner mehr denn je. Daraus resultieren immer wieder Belastungen für das japanisch-chinesische Verhältnis. Peking kritisiert die seit einiger Zeit engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen Tokio und Washington, aber auch das ungelöste Taiwan-Problem, die Vereinigung der Inselrepublik mit China, birgt reichlich Zündstoff. Da die USA nur eine friedliche Lösung akzeptieren, China jedoch eine solche Zusicherung nicht zu geben bereit ist, bleibt die Lage labil. Im Falle einer Krise kann Tokio als Bündnispartner Washingtons nicht neutral bleiben, es müsste im Ernstfall sogar logistische

Unterstützung leisten. Das bedeutet zwangsläufig Konfrontation mit Peking. Man muss kein Pessimist sein, um zu behaupten, dass wenig für eine Partnerschaft zwischen China und Japan, geschweige denn für enge, vertrauliche Beziehungen spricht. Hinter demonstrativen Gesten von Freundschaft sind Rivalität und Misstrauen die bestimmenden Elemente des Verhältnisses und werden es auf lange Sicht bleiben.

Interessen Europas

Was bedeutet diese Einsicht für Europa? In dem Maße, in dem China eine dominierende Rolle im asiatisch-pazifischen Raum übernimmt, werden die Europäer zunehmend mit einer diktatorisch regierten Macht zu tun haben, die eines Tages auch als Machtkonkurrent der USA zu gelten hat. Dies ist eine völlig andere Lage, als sie der Umgang mit Japan aufwies. Es wird noch wichtiger werden, dass die EU gegenüber einer Macht wie China entschieden gemeinsame Positionen vertritt und dabei die Interessen Japans gegenüber China nicht außer Acht lässt. Dazu gehört das Problem der Südchinesischen See. Die Europäische Union nimmt zwar keine unmittelbaren sicherheitspolitischen Verpflichtungen in der Region wahr, ist aber aus Gründen ihres starken wirtschaftlichen Engagements an der Stabilität des Raumes interessiert. Die dauerhafte Sicherheit der Seetransportrouten in der von China beanspruchten Südchinesischen See ist für die EU von ebenso großem Interesse wie für Japan. Durch dieses Seengebiet laufen die wichtigsten Handelsrouten von Europa nach Südostasien und in den Fernen Osten. Chinas Eigeninteresse an reibungslosen Handelsverbindungen lässt zwar in absehbarer Zeit keine Störungen befürchten, aber seine taktischen Schritte, sich allmählich die Kontrolle über dieses Gebiet zu sichern, sollten aufmerksam verfolgt werden.